

... (zu wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen) ... sollen von der Bundesregierung vor einer Einbringung dem Bundeswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Wünschenswert ist eine Beteiligung schon im Stadium der Vorbereitung."

"Der Bundeswirtschaftsrat hat das Recht, Gesetzesvorlagen anzuregen bzw. eigene Vorschläge einzubringen. Stimmt die Bundesregierung dem Vorbringen des Bundeswirtschaftsrates nicht zu, hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Bundestag einzubringen."

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft verlangt also Gesetzesinitiative für den Bundeswirtschaftsrat. Sie zieht damit als einzige der an der Diskussion beteiligten Organisationen und Gruppen Konsequenzen aus den Erfahrungen mit allen Wirtschaftsräten in allen Ländern.

Otto von Bismarcks Preußischer Wirtschaftsrat, der Weimarer Reichswirtschaftsrat und der Wirtschaftsrat der französischen Republik waren bzw. sind zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wegen ihres gar zu schwach gestalteten oder gänzlich fehlenden Initiativ-Rechtes.

Daß Konrad Adenauer ein echtes Gewicht des Rates nicht will, hat er in einem Brief an Christian Fette bereits schriftlich gegeben. Er bestätigte dem DGB, eine Gesetzes-Initiative des neuen Rates komme nicht in Frage, da das dafür nötige verfassungsändernde Gesetz bei den derzeitigen Mehrheiten im Bundestag nicht durchzubringen sei.

GERSTENMAIER

Boden der Macht

Was der Oberkonsistorialrat Eugen Gerstenmaier, 45, Bundestagsabgeordneter für den Stimmkreis Backnang - Schwäbisch Hall, während der Vorstandssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin am Freitag, dem 20. Juni, vor den Zeitungsleuten gesagt haben sollte, hat viel Wirbel gemacht. Es ging um Gerstenmaiers angebliche Behauptung, daß auch der Bundeskanzler nach Empfang des ersten Grotewohlbriefes mit dem Angebot gesamtdeutscher Beratungen für direkte Verhandlungen mit der Sowjetzone eingetreten sei, und nur auf Drängen von Dr. Schumacher von diesen Verhandlungen Abstand genommen habe.

Die Rüge, die das Bundespresseamt am Sonntag, zwei Tage nach Abgabe der Gerstenmaier-Erklärung in Berlin, dem ehemaligen Leiter des ehemaligen Evangelischen Hilfswerks erteilte, lautete auch prompt wörtlich.

"Der Bundeskanzler ist niemals für Verhandlungen mit den derzeitigen Machthabern in der sowjetischen Besatzungszone eingetreten, da diese wegen ihrer Abhängigkeit von einer ausländischen Macht zu einer selbständigen Meinungsäußerung gar nicht in der Lage sind. Es ist daher auch unrichtig, daß der Bundeskanzler seinen Standpunkt auf Drängen der SPD oder Dr. Schumachers geändert hat."

Dieses amtliche Dementi versuchte Gerstenmaier nach einer erregten Unterhaltung mit dem Kanzler nun wiederum seinerseits in seinem nur für die Öffentlichkeit bestimmten Entschuldigungsbrief an Konrad Adenauer aus der Welt zu schaffen:

"Die Mitteilung des Bundespresseamts ist insofern von durchaus unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen, als ich niemals erwähnt habe, daß Sie (Adenauer) für Verhandlungen mit Pankow eingetreten seien."

In Wahrheit war die Sache so gewesen: Als seinerzeit in Bonn der erste Grotewohlbrief eintraf und Konrad Adenauer

merkte, daß der protestantische Flügel seiner Fraktion für direkte Verhandlungen war, konterte er diesen, für seine Politik gefährlichen Vorstoß geschickt mit dem Argument, er selbst sei ja auch für Besprechungen mit der Sowjetzone, aber: "Sie wissen ja, meine Herren, wie uns die SPD dann die Hölle heiß macht."

Was damals eine Ausflucht des Kanzlers gewesen war; wollte Gerstenmaier jetzt im besonders stark die Einheit suchenden Berlin als Beweis für Konrad Adenauers Einheitsbestreben verwenden.

Eugen Gerstenmaier wußte bei allen Bemühungen, seinen faux pas aus der Bon-



Lief zum Lenz in Bonn
Getäushtes MdB: Gerstenmaier

ner Welt zu schaffen, nicht, daß Konrad Adenauer es selbst war, der das für Gerstenmaier so bittere Dementi des Bundespresseamts durch ein Kanzlerwort befohlen hatte. Eugen Gerstenmaier nahm statt dessen an, daß das Bundespresseamt von sich aus die günstige Gelegenheit genutzt hatte, ihm mit dem Dementi eins auszuweisen. Denn zwischen den Bonner Bundespresseleuten in der Ermekeilkaserne und Gerstenmaier war noch immer eine Rechnung zu begleichen.

Anfang dieses Jahres hatte nämlich auf Empfehlung Dr. Eugen Gerstenmaiers das Fräulein Dr. Dorothea Schlechter, 24, seinen Dienst im Bundespresseamt angetreten. Dorothea Schlechters Bekanntschaft mit dem Oberkonsistorialrat ging auf den Karneval 1951 zurück.

Dorothea Schlechter, die beim Chef vom Dienst das Amt einer Lektorin versieht, war von Anfang an schockiert über den respektlosen Ton in der demokratischen Kaserne. Schon im April 1952 führte das dazu, daß die junge Lektorin ihre einflußreiche Karnevals bekanntschaft Eugen Gerstenmaier über angebliche "regierungsfeindliche Umtriebe" im Bundespresseamt informierte.

Sie beschuldigte vier Kollegen und Vorgesetzte:

- die Politik des Herrn Bundeskanzlers als einheitsfeindlich bezeichnet zu haben,
- den Text des Generalvertrages ausgerechnet einer amerikanischen Nachrichtenagentur gegeben zu haben.
- illegitime Beziehungen zur SPD-Opposition zu unterhalten,
- der politischen Reputation des MdB Eugen Gerstenmaier abträgliche Bemerkungen gemacht zu haben.

Eugen Gerstenmaier lief mit dieser Liste ins Palais Schaumburg zum Staatssekretär des Bundeskanzlers, Dr. Otto Lenz. Dabei scherte es ihn, den Oberkonsistorialrat, nicht einmal, daß sich unter den vier von ihm Beschuldigten zwei wackere Streiter der evangelischen Kirche befanden. Eugen Gerstenmaier: "Wir stehen hier nicht auf dem Boden der Kirche sondern auf dem Boden der Macht."

Eine Untersuchung, bei der sich Bundespressechef Felix von Eckardt und sein Stellvertreter Heimit Krüger schützend vor ihre Untergebenen stellten, hatte die Lächerlichkeit aller Schlechter-Gerstenmaier-Vorwürfe ergeben.

In dem Dementi seiner Berliner Behauptungen durch das Bundespresseamt sah Eugen Gerstenmaier einen Racheakt der Presseleute.

Er hatte nicht bedacht, daß der Kanzler selbst sogar seinen Gerstenmaier bloßstellen würde, wenn der nicht berücksichtigt, wie unzeitgemäß es ist, gelegentliche taktisch bedingte Kanzler-Außerungen verspätet auf die Goldwaage zu legen.

AGENTEN

Falsch wie die Taube

Die schwarze Citroen-Limousine mit dem saarländischen Nummernschild, der in Bonn vor einem Jahr noch ab und zu ein großes, schlaksiges Mädchen mit rotbraunen Locken entstieg, hat nun schon eine geraume Zeit nicht mehr in der Bundeshauptstadt geparkt.

Aber wenn man dem rotbraunen Mädchen glauben darf, wird es nun bald wieder in Bonn zu Besuch kommen. Mit einem neuen Citroen zwar, aber mit dem alten Fahrer: dem einstigen Capitaine und jetzigem Commandant Robert Laurent.

"Keine große Leuchte. Verbraachte französische Agentin, die sich an ihrem einstigen Mitarbeiter rächen wollte." So pflegen die Beamten in Jakob Kaisers gesamtdeutschem Bundesministerium das lange Ende aus Ludwigshafen-Mundenheim, Stifterstraße 17, heute zu charakterisieren. Dabei deutet vieles darauf hin, daß das Auto-Mädchen Hella Bockstedte, geborene Hubaleck, noch gar nicht so verbraucht ist, wie es manchmal scheinen mag, daß es sie vielmehr nach neuer Nachrichten-Arbeit gelüstet.

Französische Agenten stehen ebenso wie die anderer westlicher Geheimdienste in Westdeutschland unter gesetzlichem Naturschutz. Im Fall Hella Hubaleck gibt es Nuancen. Was Hella in den letzten Jahren aus Westdeutschland anschleppte, geriet zum großen Teil in die Hände der Saar-Regierung Johannes Hoffmanns, deren Innenminister Edgar Hector selbst französischer Nachrichten-Veteran ist.

Und es ist recht fraglich, ob für die deutschen Stellen auch solche Agenten tabu sein können, deren Nachrichtenbeute zu einem guten Teil der Regierung eines Landes zugetragen wird, das, wie das Saarland, rechtens deutsches Gebiet ist. Das zumindest solange deutsches Gebiet ist, bis ein überstaatliches Europa alle nationalen Grenzen niedergerissen hat.

Das alles aber kümmerte Hella Hubaleck nicht.

Spaß an der Nachrichten-Arbeit besaß sie schon, als sie während des Krieges als Blitzmäddchen bei einem Nachtjägergeschwader in Eindhoven fungierte. Da konnte sie später nicht nein sagen, als ein französischer Werber sie im Herbst 1949 im Ludwigshafener Nachtkabarett „Libelle“ aufblas und ihr Beschäftigung als moderne Nachrichtenhelferin beim französischen Geheimdienst anbot. Hella blieb ihrem Nachrichtenfach treu, wenn auch auf andere Art als bei Hermann Görings Nachtjägern.

Die Männer, denen Hella Hubaleck jetzt zu Nachrichten aus Westdeutschland verhalf, saßen bei der Brigade de la Surveillance du Territoire (BST) in Saarbrückens Heinestraße 7, der obersten französischen politischen Abwehrstelle an der Saar. Es waren der Amtschef Commissaire Fontaine, heute Leiter der Deutschland-Abteilung der dem französischen Innenministerium unterstehenden politischen Abwehr-Zentrale (DST) in Paris, und sein Stellvertreter Commissaire Haiblet, derzeit Chef der Amerika-Abteilung in der Pariser DST-Zentrale.

Hier bei Fontaine und Haiblet wurden die meisten Aufträge für Hella Hubaleck ausgebrütet. Als erstes mußte sie gleich im Herbst 1949 Verbindung zur protestantischen Kirchenleitung und zum bischöflichen Stuhl in Speyer aufnehmen, um dort die Ansichten der kirchlichen Würdenträger über Fragen der Saar, der Pfalz und des Südweststaates herauszufinden. Als Korrespondentin der „Saarbrücker Zeitung“ getarnt, kam Hella dort schnell zum Zuge.

Dann hatten zahlreiche ahnungslose Funktionäre der großen Parteien im süddeutschen Raum das Vergnügen ihres Besuches. Besonders interessierte sich Hella auch für die politischen Rechts-Gruppen. Mit Feitenhansl (Vaterländische Union) und Waldemar Wadsack (Strasser-Kreis) unterhielt Frankreich-Agentin Hella bald eine blühende Korrespondenz. Nur August Hausleiter von der Deutschen Gemeinschaft traute ihr nicht und erstattete gegen sie Anzeige wegen Akten-Kleptomanie.

Nicht dumm, schrieb Hella damals an Hausleiter zurück, französische Agenten in München hätten ihm den Bären mit dem Akten Diebstahl aufgebunden. Und vaterlandslieb setzte sie noch hinzu: „Offenbar ist Ihnen die Zusammenarbeit mit Agenten fremder Mächte lieber als der Wille zum gemeinsamen Aufbau.“

Hella Hubalecks besondere Liebe aber galt der Saar. So wurde auch ihre rentabelste und langeligste Geschäftsverbindung die zu dem Gesandten Dr. Gustav Stroh, der im vergangenen März seines Postens als Saar-Referent im Bonner Auswärtigen Amt enthoben wurde. Als Hella und Stroh sich kennenlernten, saß dieser allerdings noch als Saar-Sachbearbeiter im Stuttgart-Kornwestheimer Friedensbüro, dem ursprünglich von den süddeutschen Ministerpräsidenten und später von allen Bundesländern getragenen Vorläufer des heutigen Hallstein-Blankenhornschen AA's.

Ende 1949 machte Hella dort ihren Antrittsbesuch. Sie klagte Dr. Stroh ihr Leid, wieviel Kummer sie als deutschgesinnte Journalistin mit ihren Redakteuren auf der „Saarbrücker Zeitung“ habe, die ihre Artikel stets im französischen Sinne umschrieben.

Genau das zu erzählen, hatten ihre Chefs ihr aufgetragen. In Wirklichkeit wußte Hella zu dieser Zeit gerade noch, daß die Saar irgendwo hinter der Pfalz lag.

Stroh konnte Hella wehem Blick nicht widerstehen und versprach ihr Unterstützung. Sie solle ruhig bei der „Saarbrücker Zeitung“ bleiben, riet er ihr, viel-

leicht könne sie dort auch dies und das für ihn in Erfahrung bringen.

In Saarbrücken waren Fontaine und Haiblet über die neue Freundschaft begeistert. Um sie zu festigen, schickten sie ihrer Hella leichtfrisiertes „Geheim“-Material (terminus technicus: Spielmaterial) nach Ludwigshafen, das Hella wiederum Stroh als Zuckerbrot überreichen sollte. Es waren Arbeitsunterlagen der Saar-Regierung für die Verhandlungen mit Frankreich über die wirtschaftlichen und politischen Saar-Konventionen.

Hella nahm die Papiere, fuhr nach Stuttgart, rief Stroh vom Bahnhof aus an und traf sich dann mit ihm in einer Konditorei



Fuhr zu Deutschlands Stroh
Enttäuschte Agentin Hubaleck

am Bahnhof. Sie habe das Material von einem Bekannten bekommen, der bei der Militärregierung in Neustadt arbeite und Geld brauche, erzählte sie. Von nun ab ruhte die Verbindung Hubaleck-Stroh auf einem festen Fundament.

Doch Hella mißbrauchte das Vertrauen bald, das sie nun in Stuttgart genoß. Bei einem ihrer nächsten Besuche im Friedensbüro fand sie des Gesandten Strohs Zimmer leer und unverschlossen. Da konnte sie nicht widerstehen.

Ohne daß es jemand bemerkte, nahm sie ein Dokument von Strohs Schreibtisch. „Mensch, das ham wer wieder hinjekriegt, das kostet die Leute noch was!“, rief sie, als sie das Schriftstück abends zu Hause in Ludwigshafen anbrachte und eine dramatische Schilderung ihrer Tat gab. Es war der Teil I eines Geheimmemorandums über die Saar, das das Friedensbüro für die Bundesregierung angefertigt hatte.

Anfang 1950 machte Saar-Fachmann Stroh Stellungswechsel nach Bonn in Adenauers Verbindungsstelle zu den Hohen Kommissaren. Treu folgte ihm Hella nach, um einen neuen Coup zu landen.

Sie ließ ihre Auftraggeber wissen, daß sie von Stroh nur dann weiterhin Neuigkeiten erfahren könne, wenn sie auch ihrerseits in Bonn mit etwas aufwarte. Das

verstanden ihre französischen Chefs und gaben ihr einen Briefumschlag mit dem französischen Text der vor ihrer Unterzeichnung stehenden wirtschaftlichen Saar-Konventionen. Der Text war zwar echt, aber was dem französischen Geheimdienst wichtig erschienen war, hatte er vorher herausgenommen.

Jetzt erzählte Hella in Bonn bei Stroh, sie habe das Material von einem Vertrauensmann in Hectors saarländischem Innenministerium. Dankend kassierte sie 300 DM, während Stroh in sie drang und sie aufforderte, ihm über ihren Hector-Kanal doch auch noch die geheimen saarländisch-französischen Zusatzabkommen zu den Saar-Konventionen zu besorgen, die den französischen Einfluß auf Saar-Polizei und Saar-Parlament so fest unterbauten, daß das Saarland praktisch den Status einer Kolonie erhielt.

Aber da grinsten Fontaine und Haiblet in Saarbrücken nur. Sie rückten nur solche Köder heraus, die ihrer Sache nicht weh tun konnten. Und höchstens noch solche, die in Bonn Verwirrung zu schaffen geeignet waren.

Auch am 26. April 1950 war Hella wieder bei Stroh zu Besuch. Hinterher berichtete sie nach Saarbrücken: „Bei unserem letzten Treffen glaubte ich, daß Stroh mich beim nächstenmal für den Bundesnachrichtendienst anwerben wolle. Man scheint aber damit noch warten zu wollen.“

Schriftlich verkehrte Stroh mit Hella indessen über postlagernd Mannheim. Wenn bei Hella in Ludwigshafen eine harmlose Ansichtskarte mit einem neutralen Grußwort eintraf, war dies ein Zeichen, daß in Mannheim etwas bereit lag.

Stroh traute ihr immerhin noch allershand zu, als er ihr schrieb: „Seien Sie ohne Falsch wie die Taube, aber klug wie die Schlange (Matthäus im zehnten). Und bleiben Sie um Gottes willen drin!“

Mit dem „drin“ meinte der Gesandte Stroh damals den in seinen Geburtswehen liegenden „Europäischen Nachrichtendienst“ in Ludwigshafen, als dessen Vertreterin Hella Hubaleck sich seinerzeit unter anderem ausgegeben hatte und den derselbe Dr. Stroh als „rein saarländisches Propaganda-Unternehmen“ bezeichnete.

Stroh, der so mit Hella ein verlängertes Ohr in diesem von saar-französischen Stellen aufgezogenen Pressedienst haben wollte, ahnte nicht, daß seine falsche Taube just um diese Zeit von der französischen geheimen Abwehr zum aktiven französischen Spionagedienst hinüberwechselte.

Hellas neuer Chef wurde der Capitaine Robert Laurent vom Renseignements Genereaux in der französischen Hohen Kommission in Saarbrücken. Von jetzt ab erhielt Hella feste Bezüge und noch Reise-spesen und Besatzungsfahrscheine 2. Klasse dazu. Die konnte sie sich direkt im Gebäude der Hohen Kommission in Saarbrücken abholen, wenn sie dort ihre Neuigkeiten zu Protokoll gab.

Oft brauchte Hella von nun ab aber noch nicht einmal mehr mit dem Zug fahren, um sich ihre deutschen Verbindungen warm zu halten. Von Fall zu Fall setzte sie Capitaine Laurent mit seinem Wagen direkt vor den westdeutschen Haustüren ab.

Mit Strohm'schen Empfehlungen versorgt, wurde Hella unter Laurent in französischem Auftrag schließlich auch auf die oppositionellen deutschen Kreise an der Saar angesetzt. „Am besten, sie wird Kurier zwischen Stroh in Bonn und den Führern der DPS in Saarbrücken“, heckte Laurent den Plan aus. So machte sich Hella programmgemäß an den Vorstand der da-

maß noch nicht verbotenen Demokratischen Partei Saar heran.

Bald darauf berichtete Hella Saarbrücker Bekannten voller Stolz, daß sie in Bonn ein Exemplar der zu jener Zeit noch nicht veröffentlichten Dokumentensammlung des DPS-Vorsitzenden Richard Becker über die Saar zur Weitergabe an den DPS-Vorstand erhalten, aber an das Hohe Kommissariat weitergegeben habe.

Kurz darauf wurde die DPS — unter dem Vorwand, sie unterhalte Verbindungen zu Remers westdeutscher SRP (SPIEGEL 22/52) — von der Saar-Regierung verboten.

In Bonn wurde Hella Hubaleck indessen von Strohm ans Kaiser-Ministerium, Abteilung West, weitergereicht, wo sich Ab-

ren fällt. Jetzt will sie zu Hause erst einmal die brave Hausfrau spielen."

Das wäre gewiß das beste für Strohm's kluge Schlange, wenn alte Freunde Hellas in Frankfurt nun nur den Mund gehalten hätten. Denen erzählte Hella nämlich Ende Mai: „Laurent war wieder bei mir. Er sagte, er bekomme wieder einen Wagen und neue Geldmittel. In drei Wochen gehe es wieder los wie früher.“

Jakob Kaisers skeptisch gewordene Bonner Beamte trauen dieser Neuigkeit nur noch nicht recht. Sie glauben vielmehr an ein neues Manöver, durch das andere französische Agenten in Westdeutschland gedeckt werden sollen, während man die Hella Hubaleck in Wirklichkeit fallen lassen wolle.



Den armen Teufeln helfen: Angeklagter Auerbach, Anwalt Panholzer

teilungschef Dr. Knoop und vor allem dessen Kultur-Referent Bodens, ein Fachmann mit Abwehr-Erfahrung, ihrer liebevoll annahmen. Zu Hellas Aufgaben gehörte nun auch, je nach Belieben falsche oder halbfalse Nachrichten nach Bonn zu lancieren.

Eine solche Ente war zum Beispiel die Geschichte über DPS-Chef Richard Becker, der auf Umwegen über Bekannte angeblich selbst die Interna über seine Partei an das Hohe Kommissariat weitergebe. Vergeblich hatten sich Hellas französische Auftraggeber davon erhofft, daß dadurch Zwietracht in den Reihen der DPS gesät werde.

Inzwischen hatte man in Bonn nämlich Lunte gerochen. Aber weil Hella sich schön patriotisch gab, und weil sie schließlich, als Laurent sie im vergangenen Januar plötzlich im Stich ließ, sogar des Agentendaseins überdrüssig zu sein schien, setzte sie Bodens nicht gleich vor die Tür seines Ministeriums.

„Ich glaube allen Frauen alles“, sagt es Saar-Experte Bodens heute in Bonn charmant. „Die Hella Hubaleck ist ein weiches Geschöpf, das von einem Arm in den ande-

AUERBACH-PROZESS

Lehm in Töpfers Hand

Die letzte Woche brachte der bayerischen Landeshauptstadt ein Ereignis, das mit Spannung erwartet wurde, seit die massige Figur des 45jährigen Philipp Auerbach, des ehemaligen Präsidenten des Bayerischen Landesentschädigungsamtes, in einem zerschissenen Samtsessel vor ihren Richtern im Münchner Justizpalast Platz nahm: der bayerische Landesrabbiner Dr. Aaron Ohrenstein 42, wurde zu jenen Dingen richterlich einvernommen, die ihn in diesem Prozeß betreffen; denn auch er ist mitangeklagt, nur wurde er bis zu Beginn voriger Woche von der Notwendigkeit entbunden, mit auf der Anklagebank zu sitzen, ehe die Taten, deren er beschuldigt ist, zur Sprache kamen.

Was in Sachen Ohrenstein zu ermitteln ist, hat der Staatsanwalt Hoelper in zwei Punkten festgelegt:

● Erstens: Hat der Landesrabbiner Ohrenstein für 111 gar nicht vorhanden gewesene verschleppte Personen des Lagers Wildflecken bestätigt, daß sie

vorhanden waren, und hat der Hauptangeklagte Auerbach davon gewußt, daß es diese 111 DP's gar nicht gab, als er am 27. Dezember 1950 vom württemberg-badischen Wiedergutmachungsamt 251 460 DM für sie zu bekommen versuchte?

● Zweitens: War der Landesrabbiner Dr. Aaron Ohrenstein am Ankauf der sogenannten „Feststellungsbescheide“ über die Haftentschädigung politisch und rassisch Verfolgter beteiligt, und wer hat die aus dem Aufkauf der Feststellungsbescheide gezogenen Gewinne in Höhe von 800 000 DM erhalten?

Um diesen zweiten Punkt verständlich zu machen, muß man weiter ausholen: Nach dem Paragraphen 15 seines Entschädigungsgesetzes nämlich gewährt das Land Bayern als Wiedergutmachung für Freiheitsentzug in der Hitlerzeit aus politischen Gründen eine Geldentschädigung, die für jeden Monat der Haftzeit 150 DM beträgt.

Das Landesentschädigungsamt setzt die Haftentschädigung nach der Haftdauer durch schriftlichen Bescheid („Feststellungsbescheid“) fest. Der Bescheid wird dem Antragsteller gegen eine Empfangsquittung ausgehändigt. Die Hälfte der im Feststellungsbescheid festgesetzten Summe (bis zu 3000 DM) ist innerhalb eines Monats auszuzahlen. Der Restbetrag („zweite Rate“) bis zum 31. März 1954, „nach Maßgabe der vorhandenen Deckungsmittel“.

Bald nachdem die Haftentschädigungsordnung am 1. Dezember 1949 in Kraft getreten war, setzte ein wilder Handel mit den „Feststellungsbescheiden“ über die zweite Rate ein, wobei die DP's manchmal nur 20 Prozent der Nominalbeträge erhielten, wenn sie ihren Bescheid wie ein Wertpapier verkauften.

Das führte bereits im Januar 1950 zu Vorbesprechungen zwischen Auerbach, dem Bankhaus Seiler und Co. und dem bayerischen Finanzministerium. Geklärt sollte damals werden, wie in Zukunft eine bankmäßige Abtretung für Auswanderer geregelt werden könnte. Wer eigentlich diesen Plan hatte, weiß heute niemand mehr. Jedenfalls war er da. Nach ihm sollte ein Barkenkonsortium die erforderlichen Mittel dem bayerischen Staat vorstrecken.

Auf welche Art und Weise nun die DP's ihren Feststellungsbescheid vorzeitig zu Geld machen könnten, das wurde folgendermaßen geregelt:

- Die Abtretung der zweiten Rate durch Empfangsberechtigte muß durch Auerbachs Entschädigungsamt genehmigt werden.
- Der Entschädigungsberechtigte muß 47 Prozent des Nominalbetrages seiner zweiten Rate in bar erhalten.
- Es dürfen Feststellungsbescheide nur bis zur Gesamthöhe von insgesamt fünf Millionen Mark abgetreten werden.
- Eine „Sammelstelle“ für Feststellungsbescheide, die abgetreten werden sollen, wird errichtet. Die „Sammelstelle“ darf für ihre Tätigkeit eine Entschädigung von einem Prozent der in den Feststellungsbescheiden angegebenen zweiten Rate beanspruchen. Chef dieser Sammelstelle wird Dr. Markus Seibald, der „stille Sekretär“ Ohrensteins.

Im Gegensatz zu Bayern hatte nun das Land Württemberg-Baden eine andere Prozedur vorgesehen, falls ein Entschädigungsberechtigter vorzeitig seine zweite Rate haben wollte. Er konnte mit der Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung in Stuttgart einen Vergleich abschließen, wodurch er 60 Prozent des Nominalbetrages der zweiten Rate unter Verzicht auf alle Wiedergutmachungsansprüche erhielt. Dazu mußte er persönlich vor der Landesentschädigungsstelle erscheinen und sich ausweisen.